

# Leben mit der Überraschung

Die Politik hat zurzeit Mühe, sich neu zu sortieren. Eine Einordnung der Bundestagswahl 2013 von Jürgen Rüttgers, ehemaliger NRW-Ministerpräsident.

**V**or zwei Monaten war Bundestagswahl. Seitdem versuchen die Parteien, die Konsequenzen aus dem Wählervotum zu ziehen. Vor Weihnachten soll die neue Regierung vereidigt werden. Deshalb war - wie so oft - keine Zeit für gründliche Wahlanalysen.

Dabei war die Bundestagswahl eine Überraschungswahl. CDU und CSU haben nur knapp die absolute Mehrheit der Mandate verfehlt. Die SPD hat trotz leichter Gewinne das zweitschlechteste Wahlergebnis erzielt. Rot-Grün hat zusammen weniger Stimmen als die Union. Die FDP Bundestagsfraktion ist in Liquidation. Die Linkspartei hat Stimmen verloren und keine Chance mitzuregieren. Die AfD und die Piratenpartei haben den Einzug in den Bundestag verpasst.

**Ein solches Wahlergebnis hat niemand vorhergesehen.** Die CDU ging wie schon 2009 davon aus, dass es in Deutschland eine tendenziell linke Mehrheit gibt. Deshalb verfolgte sie einen "Low Level"-Wahlkampf - sie versuchte, Polarisierungen zu vermeiden, inhaltliche Konflikte nicht aufkommen zu lassen und die Anhänger der anderen Parteien nicht zu motivieren, zur Wahl zu gehen (asymmetrische Mobilisierung).

Diese Strategie spielte im Wahlkampf zwar in journalistischen Kommentaren, nicht aber in der Wirklichkeit eine Rolle. Dies zeigt schon das exorbitante Wahlergebnis der Union mit einem Zuwachs von 7,7 Punkten im Vergleich zur Wahl 2009. Ungewöhnlich war auch die Zunahme der Wahlbeteiligung von 70,8 auf 71,5 Prozent. Auch die zum Teil erheblichen Wahlverluste bei den letzten Landtags- und Kommunalwahlen hatten keine Auswirkungen auf das Bundestagswahlergebnis. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Personalisierung des Wahlkampfes. Viele Wähler wollten, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Die Wahl war also eine Vertrauenswahl.

Das Bundestagswahlergebnis der CSU wiederum war eine Bestätigung der wenige Tage vorher stattfindenden bayerischen Landtagswahl. Die Personalisierung des Wahlkampfes auf Horst Seehofer war erfolgreich. Starken Zuwachs hatte die Union bei den jungen Wählern, Selbstständigen, den Landwirten, den Protestanten. Bei den Frauen, den Arbeitern, den Angestellten, den Erstwählern lag sie weit vor den Sozialdemokraten. CDU und CSU sind wieder unbestritten Volksparteien.

Der SPD und ihrem Spitzenkandidaten gelang es dagegen nicht, mit einer schlüssigen Konzeption, einer ansprechenden Wahlkampagne und neuen Themen eine überzeugende Alternative aufzubauen. Für die SPD stand "der falsche Kandidat zur falschen Zeit mit dem falschen Programm" zur Wahl.

Die SPD hatte zudem keine überzeugende Machtperspektive. Sie verfiel sich in der Falle der großen Koalition. Man wollte Rot-Grün. Rot-Grün hatte aber kein inhaltliches Projekt, für das zu kämpfen sich lohnte. Die SPD hat den "Anschluss" an die gesellschaftliche Moderne und ihren Charakter als Volkspartei verloren. Peer Steinbrück musste ein linkes Wahlprogramm vertreten, das ihm von der Partei nach einem misslungenen Kampagnenstart aufgezwungen worden war. Die Chance, bürgerliche Wähler anzusprechen, wurde so verspielt. Es blieb nur die Große Koalition.

So hoffen die Linken in der SPD nun, dass die selbst verhängte Isolation der Linkspartei sich in den kommenden Jahren auflöst. Einen ersten Annäherungsbeschluss gab es auf dem Bundesparteitag in Leipzig. Auf der einen Seite eine große Koalition zu verhandeln und gleichzeitig eine andere vorzubereiten, ist ein Novum. Glaubwürdig ist das nicht.

**Die größte Überraschung der Bundestagswahl 2013 war das Scheitern der FDP an der Fünfprozenthürde.** Erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist die FDP nicht im Bundestag. Nun ist es sicher falsch, von einer endgültigen Marginalisierung der FDP auszugehen. Zu oft schon hat in der Geschichte der Bundesrepublik das "Sterbeglöcklein der FDP" geläutet. Die FDP ist heute noch in neun Landtagen und vielen Kommunalparlamenten vertreten. Der politische Liberalismus entfaltet auch heute eine ausreichende Anziehungskraft. Dennoch wird die Neuerfindung des politischen Liberalismus im Zeitalter der Globalisierung und des internationalen Finanzkapitalismus viel Kraft und eine neue inhaltliche Positionierung erfordern. Die Rückkehr der FDP wird allerdings nicht mit einer Wiederholung alter Debatten und einer Linksbewegung unter Bezugnahme auf das mythische Freiburger Programm aus dem Jahre 1971 zu bewerkstelligen sein. Die Verbindung aus gemäßigtem Marktradikalismus und einer Bürgerrechtsphilosophie alleine wird in Krisen und Umbruchzeiten nicht genügen.

Zu den Defiziten in Programmatik und Personalangebot und häufigen Personaldiskussionen kam ein mangelnder bürgerlicher Habitus, der die Beliebtheit der liberalen Partei in den für sie zentralen gesellschaftlichen Gruppen massiv absinken ließ. Besonders bei den Selbstständigen hatte die FDP ihre stärksten Verluste.

Die Linkspartei wollte sich am Wahlabend freuen. Sie wurde mit 8,6 Prozent der Stimmen die größte Oppositionspartei und hat knapp die Grünen überholt. Das reichte, in einem kollektiven Verdrängungsprozess den 3,3-Prozent-Verlust bei den Zweitstimmen zu vergessen. Natürlich hatte Gregor Gysi, der auf seine alten Politikertage groß herauskommen wollte, gespürt, dass er und seine Partei im Wahlkampf keine Rolle spielten. Trotz Wut über Bankenrettung, Neoliberalismus und Spaltung der Gesellschaft wurde die Linkspartei nicht stärker.

**Ganz anders war die Stimmung bei den Grünen.** Ihr Verlust von 2,3 Prozent hielt sich in Grenzen. Aber: Hatten die Umfragen im April 2011 nicht 27 Prozent prognostiziert? Hatte

man bei der Wahl nicht sogar 170 000 Stimmen von der FDP geholt? Und jetzt meldeten die Wahlforscher den Verlust von 420 000 Stimmen an die Union, 550 000 Stimmen an die SPD und völlig unverständlich 90 000 Stimmen an die AfD. Das Ergebnis löste jedenfalls eine kollektive Depression aus, die im Laufe von Tagen zum Rücktritt fast der gesamten Führungsspitze führte. Es blieb eine desorientierte Partei zurück.

Dabei waren die Fehler offensichtlich: Der "Linksruck" hatte bürgerliche Wähler verschreckt. Statt in der Mitte um Stimmen zu werben, wo ursprünglich Steinbrück das SPD-Wahlpotenzial erweitern sollte, kämpfte man gegen die links eingestellte SPD. Die Steuererhöhungs-Arie, die die Grünen sangen, gefiel den Arbeitnehmern und Mittelständlern überhaupt nicht. Sie befürchteten, dass Normalverdiener betroffen sein könnten. Und das tägliche Moral- und Besserwisser-Programm der Grünen-Funktionäre tangierte das Selbstbild grüner Individualisten. Vielleicht erklärt sich so, dass die Grünen besonders bei jüngeren Wählern stark verloren.

In der Debatte über die Energiewende erscheinen die Grünen als Kämpfer für die Besitzstände von Subventionsempfängern. Sie kämpften mit Verve für die Übersubventionierung der grünen Energieindustrie. Für viele Normalverdiener sind aber die hohen Energiekosten zu einer zweiten Miete geworden. Kluge grüne Politiker wissen, dass nach dieser Erfahrung von Höhenrausch und Absturz eine Neupositionierung notwendig ist.

Die Anti-Europa-Partei AfD verpasste mit 4,7 Prozent zwar den Einzug in den Bundestag. Sie konnte aber von allen anderen Parteien Wähler abziehen. Bemerkenswert ist, dass der Hauptstrom ihrer Stimmen mit 430 000 Wechselwählern von der FDP kam. Die nächstgrößte Gruppe mit 340 000 Stimmen kam von der Linkspartei. 290 000 Stimmen kamen von der Union. Franz Josef Strauß hat immer wieder gesagt: "Rechts von der Union darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben." Diese Warnung gilt auch noch heute. Die AfD hofft auf eine neue Chance bei der Europawahl 2014.

Das Ergebnis der Europawahl in einem halben Jahr wird maßgeblich davon abhängen, ob der Start der Großen Koalition gelingt. Wenn die Parteien den Wählerwillen ignorieren, werden die Wähler ihnen das jetzt geschenkte Vertrauen schnell wieder entziehen. Ohne Kompromisse kommt keine Koalition zustande. Es gibt viele Arbeitsgruppen und noch mehr Teilergebnisse. Wie das alles zusammenpasst, bleibt offen. Das Volk hat ein Recht darauf zu erfahren, wohin die Reise geht.

**Bleibt es beim Ausstieg aus dem Schuldenstaat?** Oder wollen die Koalitionspartner lieber neue Ausgaben- und Subventionsprogramme? Macht die neue Regierung eine angebots- oder eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik? Soll Deutschland ein attraktiver Industriestandort bleiben? Wenn ja, wie passt das mit den vielen neuen Regulierungen und den hohen Energiekosten zusammen? Wie bewältigt Deutschland den demografischen Wandel und den Übergang zur Wissensgesellschaft? Und nicht zuletzt: Wie geht es weiter mit Europa?

Die Bankenunion allein kann es nicht gewesen sein. Die Wähler haben aus Vernunftgründen klare Entscheidungen getroffen und Experimente abgelehnt. Sie warten auf klare Ergebnisse.

**Jürgen Rüttgers** war von 2005 bis 2010 nordrhein-westfälischer Ministerpräsident. Der Jurist arbeitet für eine Kanzlei in Düsseldorf.



Viele Wähler wollten, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Die Wahl war also eine Vertrauenswahl.

**Jürgen Rüttgers**  
Ex-NRW-Ministerpräsident

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de)